

10 Jahre Globalisierung in Indien

Arun Kotenkar
(August 2001)

Einleitung

Die letzte Dekade sollte eigentlich einen radikalen politischen und wirtschaftlichen Wandel in der Geschichte Indiens kennzeichnen. Am 21. Juni 1991 übernahm die Kongreßpartei mit Hilfe kleiner Parteien die Macht und leitete eine wirtschaftliche Neuorientierung, die in dieser Form seit der Unabhängigkeit Indiens im Jahre 1947 nicht gegeben hatte. Diese neue Ära wurde als "Liberalisierung", "Globalisierung", "Entbürokratisierung", "freie Marktwirtschaft" oder "Reform" genannt, eingeordnet in den weltweiten Globalisierungsprozess und vorgegeben durch die Bedingungen ("Strukturelle Anpassung") des Internationalen Währungsfonds (IWF) sowie der Mitgliedschaft Indiens in der WTO. Das Land war hoch verschuldet, die Devisenreserven erreichten den niedrigsten Stand seit 1976. Es geriet in eine Zahlungskrise, denn die Devisenreserven reichten nur noch für zwei Wochen.

Diese neue Phase löste die bis dahin existierende sogenannte "Mixed Economy" endgültig ab, deren Hauptkriterien waren: Zentrale Kontrolle der Zuordnung von Ressourcen, Vorrang für den staatlichen Sektor, kontrollierter Privatsektor durch Vergabe von Lizenzen (sog. "Licence Raj"), Schlüsselrolle für die Bürokratie bei der Umsetzung von Entwicklungsmaßnahmen, Bedarfsorientierung nach innen (Binnenmarkt) und Aufbau eigenständiger Industriezweige.

Die Kongressregierung sowie die nachfolgenden fünf Regierungen anderer Parteien formulierten in den zehn Jahren zwischen 1991 und 2001 verschiedene kurz- und langfristige Maßnahmen, um die Grundsätze der "Mixed Economy" zu verwerfen und den "Reformprozess" voranzutreiben. Alle Regierungen – unabhängig von ihren politischen Positionen - machten klar, dass es kein Weg zurück zu den alten ökonomischen Strukturen mehr geben wird. Mit der "Reform" sollten die Kontrollen der Privatwirtschaft stark abgebaut, ausländische Investitionen gefördert, der indische Markt für die ausländischen Güter geöffnet, die Privatinitiativen mit verschiedenen Steuerungsmechanismen unterstützt und zugleich staatliche Unternehmen durch den Verkauf von Anteilen teilweise privatisiert werden. Um das zu erreichen wurden die Steuern und Zölle gesenkt, die Währung (indische Rupie) stark abgewertet, sogenannte Joint ventures mit den ausländischen Firmen begünstigt, der Gang zu den Börsen erleichtert und die wirtschaftliche Bedarfsorientierung nach außen verlegt ("Globaler Markt"). Die Regierenden, alle großen Parteien sowie die Privatwirtschaft malten ein optimistisches und armutsfreies Zukunftsbild aus. Die Kritiker – Gewerkschaften, NROs sowie die Kommunistischen Parteien - zeichneten genau das gegenteilige Szenario. Nach knapp 43 Jahren sollte diese „Neuorientierung“ einen tiefgreifenden Einschnitt in Indien darstellen.

Der neueste "Human Development Report" der Vereinten Nationen zeigt, dass Indien auf der Skala "Human Development Index" (HDI) um 13 Punkte hochgestiegen ist, von 128 auf 115. Ist das ein Hinweis auf die positiven Früchte der "Reform", auch wenn das Land weiterhin zu der unteren Kategorie der Skala - „Arme Nationen“ - gehört? Nach wie vor leben ca. 35% der Menschen unter der Armutsgrenze, ca. 43,5% sind Analphabeten (der Frauenanteil darunter liegt bei fast 60%), etwa 410 Frauen sterben pro 100.000 Geburten, etwa 35% der Menschen haben keinen Zugang zu den lebenswichtigen Medikamenten, 21% der Menschen sind unterernährt, obwohl die staatlichen Nahrungsmitteldepots mit 60,4 Millionen Tonnen Getreide

überfüllt sind. Da der Erhalt dieser Depots viel Geld kostet und die großzügige Freigabe der Getreide evtl. die Preise herunter drücken würde, diskutierte unter dem Druck der einflußreichen Lobby der reichen Bauern ein Komitee des indischen Parlaments kürzlich über den Vorschlag, einen Teil der Getreide ins Meer zu werfen und zu vernichten. Die Negativliste ist unerschöpflich lang.

In dieser Dekade haben zwei wichtige Bereiche die Aufmerksamkeit der Welt auf die Entwicklung in Indien gelenkt und die Diskussion um Globalisierung bereichert. Am 11. Mai 1998 wurden eine Reihe von Kernwaffen - als "Test" und "Signal" bezeichnet - gezündet. Die Welt hatte fast vergessen, dass in Indien vor 24 Jahren (am 18. Mai 1974) ähnlich wahnsinniger Akt vollzogen worden war, um der Welt die militärische und wissenschaftliche "Stärke" Indiens zu zeigen. Der zweite Bereich ist die relativ starke Marktposition der Inder bei der Softwareentwicklung. Die indischen Softwarespezialisten trugen seit Ende der 80er Jahre mit zu dem Aufschwung bei den Informations-, Kommunikations- und Unterhaltungstechnologien in dieser Dekade bei. Sie wurden insbesondere von den Nordamerikanischen Firmen in großer Zahl angeheuert und symbolisierten Wirkungs- oder Einflussmöglichkeiten der Länder der 3. Welt in den kapitalistischen Industrieländern. Das sollte die „Liberalität des globalen Marktes“ zugunsten der 3. Welt demonstrieren.

Wie haben sich die Maßnahmen der indischen Regierungen in den 10 Jahren auf die Entwicklung der Gesellschaft und Wirtschaft gewirkt, in der nur ca. 10% der (arbeitenden) Menschen („Labour“) im formellen (oder organisierten) Sektor arbeiten und ca. 90% ihre Einkünfte im informellen Sektor verdienen? Wurde das in dieser Phase erhöhte Bruttosozialprodukt sinnvoll umverteilt, so dass sich die Armut nun wesentlich reduziert hat? Wurden in den Bereichen Nahrungsmittelsicherung oder Ausbildung oder Genderdiskriminierung deutliche Erfolge erzielt? Wer hat von der Orientierung zur Globalisierung profitiert?

Dieses Papier will eine Bilanz ziehen. In den letzten 10 Jahren wurden zwar viele Veränderungen vorgeschlagen bzw. gesetzliche Grundlagen geändert, in der Praxis jedoch wurde wenig umgesetzt. Die Parteien, NGOs, Bevölkerung, der Handel und die nationale Industrie leisteten in unterschiedlichen Formen erfolgreich Widerstand und unterminierten die Vorhaben der Regierenden.

Die Situation um 1991

Nach der Ermordung von Indira Gandhi im November 1984 übernahm ihr Sohn Rajiv die Führung der Kongreßpartei und gewann im Januar 1985 die Wahlen mit ca. 77% der Sitze in Lok Sabha (Unterhaus des Parlaments / „Bundestag“). Rajiv Gandhi symbolisierte die jungdynamische Persönlichkeit und noch nicht korrupt ("Mr. Clean"). Er trat mit dem Slogan "Marsch in das 21. Jahrhundert" auf und zielte auf die technologische Führung sowie ökonomische Öffnung Indiens nach Außen und Liberalisierung im Innern. Bis auf den Kapitalmarkt nahm sich die Regierung vor, alle Wirtschaftsbereiche zu "deregulieren", die Staatskontrollen zu reduzieren, die Spitzensteuer zu senken, Investitionen aus dem Ausland zu fördern und die Importbeschränkungen zu lockern. Computer wurden zum Symbol des Fortschritts erklärt. Die staatlichen Einkäufer reisten durch die Welt und schlossen Verträge zum Import von Konsumgütern, Großgeräten und Technologien für zivile und militärische Zwecke (U-Boote von HDW in Kiel, Flugzeuge von Airbus, Kanonen von Bofors, Computer aus Taiwan und Singapur, Autos von Suzuki usw.). Um die umfangreichen Importaktivitäten zu bewältigen, wurden die Staatskassen geleert und sowohl im Inland als auch im Ausland enorme Schulden aufgenommen. Sie wuchsen von ca. 17,898 Milliarden US \$ im Jahre 1979 auf 83,801 Milliarden US \$ im Jahre 1991, zugleich schrumpften die Devisenreserven von 6,421 Milliarden US \$ auf

2,236 Milliarden US \$. Als der Golfkrieg im Oktober 1990 die Ölimporte verteuerte und ferner für einige Zeit die Devisenüberweisungen der Auslandsinder versiegelte, entstand die akute Zahlungsbilanzkrise.

(US \$ Milliarden)	Jahr 1979	1989	1990	1991	1998	1999	Juli 2001
Schulden	17,898	75,407	75,857	83,801	98,232	102,626	Ca. 100.000
Devisenreserven	6,421	4,226	3,368	2,236	29,522	35,058	43,596

Weltbank 8/25/00, www.CIRCONINDIA.com

Es wurde bekannt, dass bei einigen der Auslandsgeschäften Schmiergelder an die Regierungspartei und die Gandhi-Familie geflossen seien. Damit war das Image "Mr. Clean" von Rajiv Gandhi schnell verschwunden. Bei den Parlamentswahlen im Dezember 1989 wurde seine Regierung abgewählt. Die nachfolgende Regierung unter V. P. Singh erbte die dramatisch heruntergekommene Wirtschaft und geriet in heftige gesellschaftliche Auseinandersetzung, nach dem der Bericht der Mandal-Kommission bekannt gemacht wurde, der den Angehörigen der unteren Kasten und Dalits mehr und wichtige wirtschaftliche Rechte zusprach. Damit brach ein heftiger Verteilungskampf aus, der in der Geschichte des unabhängigen Indiens beispiellos ist. Die Angehörigen der oberen Schichten und Kasten fürchteten um ihre Privilegien und entfachten gewalttätige Auseinandersetzungen. Als in dieser Situation einige Parlamentarier ihre politische Seite wechselten (es gibt Bestechungsverdächtigungen), ergriff die Kongreßpartei erneut die Chance, Mehrheit im Parlament herzustellen und am 21. Juni 1991 die politische Macht unter Narasimha Rao zu übernehmen. Seine Regierung leitete in dieser „Krisensituation“ die neue Ära der "Liberalisierung", "Globalisierung" oder "Reform" ein.

Die Mitarbeiter des Internationalen Währungsfonds (IWF) erhielten einen Platz im Finanzministerium und formulierten die "strukturelle Anpassung" für Indien, die für die Vergabe von weiteren Krediten zwingend war. (Die Kernforderungen der "strukturelle Anpassung" sind: Reduzierung der Budgetsubventionen, Wegfall von Subvention der Landwirtschaft und Nahrungsmittel, Förderung der Investition aus dem Ausland, Liberalisierung des Imports, Privatisierung der Banken und Versicherung). Die Maßnahmen waren bereits in Tunesien, Ägypten oder Mexiko erprobt. Anders als die sogenannten "Tigerstaaten" im Südostasien, deren Wirtschaft etwa gegen 1997 massive Einbrüche erlebte, hatte Indien sich mit der "Mixed Economy" bis dahin erfolgreich gewehrt und sich nicht in die globale kapitalistische Entwicklung der 70er und 80er Jahre integrieren lassen. Der globale Kapitalismus konnte gut mit den Diktaturen in Singapur, Taiwan, Südkorea, Thailand, Philippinen oder Indonesien kooperieren und die Zerstörung der existierenden Strukturen vornehmen. Die Krise im Außenhandelsbereich bot 1990 die Chance für die Regierenden in Indien und beim IWF, die "Mixed Economy" endgültig zu begraben. Indien akzeptierte die Bedingungen für die Sanierung der Wirtschaft und erhielt dafür vom IWF, Weltbank, Asian Development Bank usw. Kredite. IWF hat sich bereit erklärt, zunächst ein Bereitschaftskredit ("stand-by credit") in Höhe von US \$ 754 Millionen und zusätzlich eine "compensatory and contingency" Finanzierung in Höhe von US \$ 1,847 Millionen zu gewähren. Einige Monate später wurde ein weiterer Bereitschaftskredit in Höhe von US \$ 2,262 Millionen gewährt. (IMF, Press Release No. 91/64, 31.10.1991). Indien wurde mit der Akzeptierung der "strukturellen Anpassung" wieder "kreditwürdig".

Als am 15. April 1994 in Marrakesch (Marokko) von den Mitgliedstaaten des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) die Welthandelsorganisation (WTO) gegründet wurde, war Indien bereits ein angepaßtes Mitglied, das ihre Wirtschaftsstrukturen "liberalisiert" hatte, damit

der globale "freie Handel" abgewickelt werden konnte. Bereits am 8.12.1994 ratifizierte das indische Parlament das WTO-Abkommen und akzeptierte damit auch das allgemeine Dienstleistungsabkommen (GATS), das Abkommen über handelsbezogene Aspekte des geistigen Eigentums (TRIPs) und zahlreiche Nebenabkommen, auch im Agrarsektor, einschließlich die sogenannten nicht-tariflichen Handelsschranken (Sozialklauseln, Umweltklauseln usw.), auch wenn die offizielle Rhetorik öffentlich den Eindruck vermittelt, den WTO-Bedingungen kritisch gegenüber zu stehen. Da die WTO-Regeln stark auf die Reduzierung von Handelshemmnissen ausgerichtet sind, haben alle Regierungen in den letzten 10 Jahren eine Reihe von Maßnahmen beschlossen und den Weg für die "Liberalisierung" im nationalen und für die "Globalisierung" im internationalen Sektor weitgehend frei gemacht.

Selbst das traditionell staatlich geschützte "Kleingewerbe" (Small Scale Industries -SSI) sollte nicht ausgenommen werden. Die Investitionsgrenze in diesem Sektor wurde von 7,5 Millionen Rupien auf 30 Millionen Rupien gehoben und einige Produkte für den freien Markt freigegeben. Dieser Sektor hat einen politisch wichtigen Stellenwert in Indien, da in diesem Bereich heute noch etwa 17,85 Millionen Menschen beschäftigt werden und er ca. 38% der industriellen Produktion und 35% des Exportvolumens ausmacht (India 2001). Während der Unabhängigkeitsbewegung formulierte Mahatma Gandhi sein Konzept der wirtschaftlichen Entwicklung auf dem Grundsatz, dass die Menschen in Indien mehrheitlich auf dem Lande leben und Landwirtschaft sowie Handwerk die Grundlagen der dezentralen sozialen und wirtschaftlichen Strukturen sind. Sein Gegenspieler Nehru war genau gegenteiliger Meinung. Er sah die zentral gesteuerte Großindustrie als den wichtigen Faktor in der Entwicklung Indiens. So entstand nach der Unabhängigkeit Indiens ein Kompromiß, bei dem zwar beide Ansätze einen hohen Stellenwert erhielten, in der Praxis wurde jedoch SSI, obwohl dieser Sektor heute noch der größte Beschäftigungssektor ist und wichtige wirtschaftliche Leistung innerhalb Indiens und beim Export erbringt, vernachlässigt. In der nun eingeleiteten "Reformphase" wird dieser Sektor enorm unter Druck gesetzt. Es ist zu befürchten, dass dadurch eine große Zahl der Menschen arbeitslos werden, wenn nicht in diesem Bereich massiv investiert wird, so dass er konkurrenzfähig bleibt.

"Erste Generation" der Reform zwischen 1991 und 2001: Ein Überblick

In den letzten 10 Jahren wurden umfangreiche Maßnahmen in den Bereichen Dienstleistung, Industrie, Infrastruktur, Energie, Kommunikation, Medien, Außenhandel, Finanzen, Kapitalmarkt, Steuern, Banken und Versicherung beschlossen. Gleich nach der Machtübernahme änderte die Kongressregierung im Jahre 1991 "Monopolies and Restrictive Trade Practices Act" und machte sich daran, die Politik der Lizenzierung aufzuheben. Bereits in den ersten beiden Jahren konnten ca. 80% der Industrien ihre Produkte frei herstellen. Nur noch wenige Industriezweige brauchten weiterhin die Lizenzen von der Regierung, die in den folgenden Jahren sukzessiv abgebaut wurden. Heute brauchen nur noch die Industriezweige Kernenergie und Waffenindustrie Lizenzen. Industriestandorte dürfen – außer in den Großstädten - ohne staatliche Genehmigung errichtet werden. Zur Freude der Ober- und Mittelschichten können nun ausländische Autos, Konsumgüter oder elektronische Geräte in Indien erworben werden. Sie werden im Rahmen der "Jointventures" in Indien hergestellt.

Privatisierung

Die Regierung hat von Anfang an klar gemacht, Anteile der Staatsbetriebe zu veräußern und insgesamt den staatlichen Einfluß zu reduzieren. Sie berief hierzu eine "Disinvestment Commission" (später aufgewertet zum Ministerium) ein, die im Jahre 1997 empfahl, insgesamt 50 Staatsbetriebe (z.B. State Bank of India, Indian Oil Corporation, Oil and Natural Gas

Corporation, Bharat Heavy Electricals usw.) zu privatisieren. Einige Sektoren, wie z.B. Ausbeutung von Mineralien, Vertrieb von Kochgas und Petroleum wurden für private Anbieter freigegeben. Bei der Ausbeutung von Öl sollten die neuen Ölfelder wie z.B. Panna-Mukta und Raava gleich privatisiert und auch ausländische Firmen beteiligt werden.

Den Staatsbetrieben wurde erlaubt, den Kapitalmarkt anzuzapfen. Indian Petrochemical Corporation Limited (IPCL) nutzte diese Möglichkeit als erstes Unternehmen. In der großen Kleiderherstellungsfirmen dürfen nun ausländische Unternehmen investieren, wenn sie bestimmte Exportbestimmungen respektieren. Bei der Herstellung von Medikamenten in großen Mengen durften die ausländischen Unternehmen den Mehrheitsanteil von 51% haben. Insgesamt bemühte sich die Regierung, die sogenannten "Joint ventures" und die Direktinvestitionen ausländischer Unternehmen zu fördern. Im Laufe der Zeit wurden 48 Industrien freigegeben, in denen ausländische Unternehmen Mehrheitsanteil von 51% haben durften. In den Bereichen Kraftwerke, Straßen- und Brückenbau, Häfen können sie sogar 100% Anteile besitzen.

Trotz der Bemühungen der Regierungen, die Staatsanteile an den Unternehmen zu reduzieren (so z.B. bei Maruti Udyog von 60% auf 50% reduziert und mit Suzukis 50% gleichgestellt), ist es bislang nicht gelungen, deutlich die Mehrheitsanteile zu veräußern. Bis zum Juni 2001 unternahm die Regierung die Schritte, nur zwei Staatsbetriebe teilweise zu privatisieren (Bharat Aluminium Company –BALCO- und Modern Foods). Sie erfuhr dabei großen Widerstand, sowohl im Parlament als auch bei den Landesregierungen und in der Öffentlichkeit. Auch der Verkauf von Staatsanteilen bei den Flugzeuggesellschaften Air India und Indian Airlines ist in Schwierigkeiten geraten. Im Haushaltsjahr 1999-2000 hatte die Regierung zwar vorgenommen, die Anteile der Staatsbetriebe von ca. 100 Milliarden Rupien zu privatisieren. Es gelang ihr jedoch nur die Anteile eines einzigen Unternehmens, nämlich Modern Foods, für nur 1,05 Milliarden Rupien zu veräußern.

Software

Bereits Mitte der 80er Jahre erkannten amerikanische Firmen die Fähigkeiten indischer Softwareexperten an und warben sie für die Entwicklung und Betreuung von Softwarearbeit – insbesondere am Arbeitsplatz der Kunden- an. Dies geschah zunächst im bescheidenen Rahmen. Erst Anfang 1990 gewann die indische Softwareindustrie weltweite Anerkennung und auch Großaufträge, die sie in Indien erledigen konnte. Die indischen Firmen stellten dabei fest, dass sie –obwohl sie zahlreiche Softwareprodukte entwickelten, keine Urheberrechte verfügten. Sie hatten keine globale Kontakte und Marketing Erfahrung wie z.B. die amerikanische Firmen. Ein weiteres Problem, das diese Industrie besonders seit Mitte der 90 er Jahre hatte, war die Auswanderung des ausgebildeten und erfahrenen Personals nach USA. Sie erhielten relativ leicht das sogenannte H1B Visum, mit dem sie 3 bis 6 Jahre arbeiten durften.

In dieser Situation erhielt die Softwareindustrie einen besonderen Status und konnte ihre Produkte praktisch steuerfrei exportieren. Nach 1994 setzte in diesem Bereich der Boom ein und die Regierung erlaubte private "software technology parks". Firmen wie Wipro oder Infosys traten als große indische Privatunternehmen in diesem Sektor auf und errichteten ihre Tochterunternehmen in Europa und den USA. Als der Boom um die Kommunikations- und Medientechnologie gegen 1999-2000 weltweit den Höhepunkt erreicht, wird die Nachfrage nach den indischen Softwarespezialisten auch außerhalb der USA groß. Es wurden in den verschiedenen europäischen Ländern Pläne entwickelt, sie –anders als die Gastarbeiter in den 60er und 70er Jahren- mit relativ großzügigen Angeboten ("Greencard") zu werben. Als jedoch gegen Ende 2000 die Weltwirtschaft Flaute erlebt und die ersten Zweifel über den e-Kommerz und die Wirksamkeit des Internets, insbesondere im Bereich der kommerziellen Werbung,

aufkommen, leidet auch die Softwarebranche in Indien. Die Rückkehr aus den USA hat in bescheidenem Maße angefangen.

Transport, Energie, Telekommunikation

Mit der Änderung des "National Highways Act" wurde der Weg freigemacht, private Firmen am Straßenbau und bei der Erhebung von Straßengebühren für ihre Benutzung zu beteiligen. Das gesamte Straßennetz in Indien beträgt z. Z. ca. 2, 47 Millionen km. Ca. 49.400 km davon zählen zu den Autobahnen. In den nächsten Jahren sollen diese Autobahnen ausgebaut und weitere Autobahnen und Landstraßen im ganzen Land neu gebaut werden. Die Weltbank, Asian Development Bank und Japan Bank for International Co-operation haben große Kredite dafür bewilligt. Sie reichen jedoch nicht aus, um die ehrgeizigen Pläne zu verwirklichen. Deshalb bemüht sich die Regierung, dafür das private Kapital dadurch zu mobilisieren, dass die Straßenbauer und -betreiber für ihre Benutzung Straßengebühren erheben können. Ähnliche Pläne gibt es für die Errichtung und Ausbau von Flug- und Schiffshäfen sowie den Transport. Im Flugverkehr gibt es bereits private Fluggesellschaften. Inzwischen bemüht sich die Regierung, auch die Staatsanteile bei den Fluggesellschaften Air India und Indian Airlines unter den Beschäftigten und privaten in- und ausländischen Interessenten zu veräußern. Im Schiffsverkehr gibt es bereits Jointventures mit Mitsui OSK Lines und Atlantic Commercial Finance Inc., ein Unternehmen von ENRON aus Houston, das in Dabhol in Maharashtra das erste ausländische Kraftwerk gebaut hat und inzwischen aus verschiedenen Gründen in Schwierigkeiten (u.a. Korruption und sehr hohe Preise) geraten ist. Diese Schifflinie sollte u.a. das Gas aus Abu Dhabi und Oman für das Kraftwerk transportieren.

Infrastruktur und Energieversorgung sind in Indien in schlechtem Zustand. Im Haushaltsjahr 1999-2000 wurden insgesamt 97837 MW Elektrizität produziert (23816 MW Wasserkraft, 70186 Gas, Kohle, Diesel, 2680 Kernenergie, 1155 MW Windkraftwerke). Die Energieerzeugung basiert in erster Linie auf die Verwendung von Kohle, Diesel, Wasser- und Kernkraft. Große Kraftwerke und Megastaudämme sind die Symbole des Fortschritts in diesem Bereich, obwohl sie nicht effektiv sind, Transportverluste verursachen und Millionen von Menschen vertreiben. Dezentral angelegte Anlagen für erneuerbare Energien (Wind, Sonne, Biogas oder Mikrowasserkraftwerke) spielen praktisch keine Rolle in der bisherigen Energiepolitik. Es ist weder der Zentralregierung noch den Länderregierungen gelungen, Energiereform zustande zu bringen. Die Elektrizitätswerke (State Electricity Boards) der Bundesländer, die über ca. 51% der erzeugten Elektrizität kontrollieren, sind praktisch zahlungsunfähig und hoch verschuldet. Sie werden von den Mitarbeitern und Unternehmen bestohlen. Ein wesentlicher Teil der erzeugten Elektrizität geht ferner beim Transport verloren. Auch wagt die Regierung nicht, den Preis für den subventionierten Strom, z.B. für die Landwirtschaft, zu erhöhen, da dies das Leben der Kleinbauern noch mehr erschweren würde. Da die Elektrizitätswerke praktisch zahlungsunfähig sind, sind Privatunternehmen nicht bereit, in diesem Bereich zu investieren, obwohl es inzwischen eine Garantiezusage der Zentralregierung gibt.

Der Fall ENRON erhielt deshalb eine besondere Bedeutung, weil es als erstes ausländisches Unternehmen zur Erzeugung von Elektrizität ihre Anlage errichtet hat. Der Stromtarif dieses Kraftwerkes liegt aber weit über dem, was Maharashtra State Electricity Board (MSEB) sonst zahlt. MSEB hat zwar das "power purchase agreement" (PPA) mit ENRON unterschrieben, will jedoch inzwischen die hohen Preise nicht zahlen. Die hohen ausländischen Preise können politisch schwer durchgesetzt werden. Auch der Versuch der Landesregierung von Andhra Pradesh, Elektrizitätstarife und Brennstoffpreise (Kerosin und Kochgas) zu erhöhen, stieß auf den erbitterten Widerstand der Bevölkerung.

Um die private in- und ausländische Beteiligung zu fördern, formulierte die Regierung im Bereich der Elektrizitätserzeugung und – Transport verschiedene Maßnahmen:

- Die Zentralregierung übernahm die Bürgschaft für die privaten Energieerzeuger und nahm den “State electricity boards” das Risiko ab.
- Für die Energieerzeugung in den sogenannten “unterentwickelten Gegenden” wurden die Steuern für fünf Jahre erlassen.
- Indian Electricity Act, 1910 und Electricity Supply Act, 1948 wurden geändert, um die private Beteiligung zu ermöglichen.
- “Central Electricity Regulatory Commission” (CERC) und “State Electricity Regulatory Commissions” (SERCs) wurden als neue Aufsichtsbehörden errichtet, um den staatlich Einfluß zu reduzieren und die Effizienz der Elektrizitätswerke zu erhöhen.

Die Beteiligung von indischen und ausländischen Firmen wurde auch in allen Zweigen der Telekommunikation (Telefon mit fester Leitung, Mobiles Telefon, Radiokommunikation, Internet, Internationale Datenbahnen usw.) erlaubt. Indien hat mit ca. 26,51 Millionen Anschlüssen relativ geringe Telefondichte. Internetanschlüsse sind weitgehend in den Städten konzentriert. Private Internet-Anbieter brauchten für die ersten 5 Jahre keine Lizenzgebühren zu zahlen. Es sind etwa 350 Anbieter inzwischen registriert. Die staatlichen Anteile an dem Telekommunikationsunternehmen “Videsh Sanchar Nigam Limited” (VSNL) werden an private Käufer verkauft. Der Staat gibt seine Monopolstellung in diesem Bereich ab 2002 ab. “Telecom Regulatory Authority of India” (TRAI) wurde im Februar 1997 als eine unabhängige Aufsichtsbehörde gegründet.

Wirtschaft

Um den Export zu kurbeln, hat die indische Regierung zahlreiche Maßnahmen eingeleitet:

- die indische Währung gleich im ersten Jahr um ca. 24% abgewertet,
- die indische Rupie wurde teilweise konvertierbar gemacht, so dass die ausländische Währungen leichter erhältlich wurden,
- Exporteure durften Konten in ausländischer Währung einrichten und Kredite im Ausland aufnehmen,
- exportorientierte Freihandelszonen erhielten Steuerbefreiung für 10 Jahre,

In den letzten 10 Jahren haben die Regierungen zahlreiche Steuerreformen in allen Bereichen (Einkommenssteuer, Gewerbesteuer, Mehrwertsteuer usw.) vorgenommen und versucht, möglichst alle Bereiche der Geld- und Warenwirtschaft in das Steuernetz aufzunehmen. Banken und Versicherungen waren in Indien bis 1991 weitgehend verstaatlicht und durch zahlreiche Gesetze und Regeln von der Reserve Bank of India (die Zentralbank) kontrolliert. Geld- und Kapitalmarkt waren bis dahin getrennt und die Banken durften keine Anteile in den Privatfirmen besitzen. In den letzten 10 Jahren sind die meisten Regeln, Kontrollen sowie die Trennung des Geld- und Kapitalmarktes aufgehoben. In- und ausländische Investoren werden gleichwertig behandelt. Sie können in einer vorgegebenen Bandbreite frei Zins- und Kreditsätze bestimmen. “Banking Nationalisation Act” und andere relevante Gesetze zur Privatisierung der Banken liegen zwar im Parlament, sind jedoch noch nicht geändert. Diese Gesetze würden es erlauben, die Anteile des Staates in den Banken unter 51% zu reduzieren. Insgesamt sind jedoch bei der Privatisierung von Banken einige Barrieren aufgebaut, damit nicht die großen Industrieunternehmen Machtstellungen aufbauen. Große Industriegruppen wie Tatas, Birlas und Reliance dürfen keine Privatbanken gründen. Ihr Anteil an den Bankbeteiligungen dürfen nicht über 10% steigen. Vor kurzem wurde im Parlament “Insurance Regulation and Development Bill” vorgelegt, damit in- und ausländische Versicherungsunternehmen, einschließlich Banken, in diesem Bereich arbeiten können. Ausländische Unternehmen dürfen bis zu 26% Anteile

übernehmen. Auch in diesem Bereich ist eine Aufsichtsbehörde "Insurance Regulation Development Authority" berufen worden. Ebenso wurde der gesamte Kapitalmarkt neu geordnet und die Regulierungsbehörde "Securities and Exchanges Board of India" (SEBI), die bereits im Jahre 1988 errichtet worden war, mit strengen Befugnissen ausgestattet, um den Handel an der Börse zu fördern und zu kontrollieren. Ab Mai 1992 dürfen auch ausländische Investoren sich direkt an dem Börsengeschäft beteiligen. Auch indische Firmen können nun den Zugang zum Markt der EG finden.

Ab 1. April 2001 wurden –mit wenigen Ausnahmen- die gesamten "quantitativen Restriktionen" an Importen von Textilien, landwirtschaftlichen Produkten und Industriegütern aufgehoben, wie die WTO es verlangte und dafür eine Frist von 9 Jahren gesetzt hatte. Importrestriktionen existierten seit Anfang 1960 in Indien, insbesondere für Konsumgüter, landwirtschaftliche Erzeugnisse, Maschinen und Geräte. Mit dem Aufheben der QR erfüllt Indien diese WTO-Bedingung, nach dem der Versuch Indiens gescheitert war, Aufschub zu erhalten. Da die Devisenreserven relativ hohen Stand erreichten, bestand USA darauf, dass Indien die "quantitativen Restriktionen" früher als geplant aufhebt. WTO "Dispute Settlement Body" entschied am 22.9.1999 gegen den indischen Einspruch. Die indische Regierung hob die Einschränkungen für 714 Produkte bereits im April 2000 auf. Die städtischen Konsumenten der Mittel- und Oberschicht können damit theoretisch beliebige Produkte aus aller Welt in Indien erhalten, soweit sie sich diese leisten können. Es sind nun in den letzten Jahren neue "Shopping Komplexe", Geschäfte und Boutiquen entstanden, die ausländische Produkte verkaufen. Glücklicherweise sind die Preise dieser Produkte sehr hoch im Vergleich zu den indischen Produkten, so dass nur eine kleine Gruppe der globalisierten Mittel- und Oberschicht diese sich erwerben können. Die anfängliche Befürchtungen, dass ab 1. April 2001 die indischen Märkte mit den ausländischen Gütern "überflutet" würden, sind bislang nicht bewahrheitet. Die indischen Märkte haben eher das Problem der billigen chinesischen Massenprodukten, die nicht im WTO-Rahmen sondern über informelle Kanäle nach Indien gelangen und einen großen Absatz finden. Vorsichtshalber hat die indische Regierung dennoch einige "nicht-tarifliche Barrieren", die im WTO-Rahmen erlaubt sind, insbesondere für die Agrarprodukte erhoben.

Auswirkungen der Liberalisierung und Globalisierung

Gleich nach der politischen Ankündigung der Liberalisierung der Wirtschaft in allen Sektoren im Juli 1991 begann der Aktienmarkt zu boomen. Die Aktienpreise vieler Firmen verdoppelten oder verdreifachten sich innerhalb von einigen Monaten. Bereits im Mai 1992 kam jedoch der Zusammenbruch. Die nachfolgenden Untersuchungen dieses sogenannten "Bankenskandals" zeigten, dass eine Gruppe von Börsenhändlern, finanziert durch einige inländische (National Housing Bank, Bank of Baroda) und ausländische Banken (Citibank, ANZ Grindlays Bank, Bank of America) fast 50 Milliarden Rupien (ca. 1,5 Milliarden US \$) veruntreut hatten.

Landwirtschaft spielt eine wichtige Rolle in der indischen Wirtschaft und Gesellschaft. 1996 wurden ca. 28% des Brutto National Produktes in diesem Sektor erwirtschaftet, ca. 70% der arbeitenden Menschen sind in der Landwirtschaft beschäftigt. Dieser Anteil wurde im Zuge der Globalisierung langsam reduziert und durch die Industrie und Gewerbe (29%) sowie Dienstleistungssektoren (43%) übernommen. In der Dekade der Liberalisierung ist die Landwirtschaft langsamer gewachsen als in den früheren Jahren. "The average annual of GDP in Agriculture and allied sectors, which was 3.6 % during 1981-82 to 1990-91 is down to 2.7% with latest data for 1991-92 to 2000-01. The index of agricultural production based only on reliable data for forecast crops shows growth collapsing from 4.1% to 1.5% annum, below population growth" (The HINDU, 19.7.2001).

Die Softwareindustrie nahm –besonders ab 1994- eine prominente Stellung. Sie zeigte zeitweise Wachstumsraten von rund 50% pro Jahr und hat einen Anteil von ca. 10% an Indiens Exporterlösen. Sie erreichte im Jahre 1999-2000 ein Volumen von ca. 5,7 Milliarden US \$. Aber sie macht nur 1,5% des Bruttoinlandsprodukts aus und ist im wesentlichen auf wenige Städte (Bangalore, Hyderabad, Mumbai) konzentriert.

Zwischen 1991 und Mitte 1993 erlebte die indische Industrie eine Rezession. Ihr folgte dann bis 1996 eine Wachstumsphase mit der Wachstumsrate bis zum 12,5%, die inzwischen wieder geschwächt ist (Wachstumsrate bei 5,7%). Konsumartikel, Automobile, Motorräder, Computer, Überweisungen aus dem Ausland von den indischen Arbeitern (ca. 12 Milliarden US \$ jährlich) sowie der gute Monsun, der gute landwirtschaftliche Produktion ermöglichte, trugen zu dem Boom bei. Diese Entwicklung ging parallel mit den hohen Wachstumsraten im Welthandel einher. Als aber diese Bereiche ausgeschöpft waren und gleichzeitig im Juli 1997 die Wirtschaftskrise im Südostasien ausgelöst wurde, zeigten sich die Grenzen der Liberalisierung und Globalisierung in Indien. Bis Dezember 1998 wuchs die Industrieproduktion nur 3,5% pro Jahr und stagniert bis jetzt. Der Exportanteil an dem Bruttoinlandsprodukt war in 1985-86 bei 4,7% und im Juli 1991 bei 6,8%. Dieser Anteil wuchs auf 10,3% in 1996-97 und ist mehr oder weniger auf dieser Höhe geblieben.

Selbst die Regierung zeigt ein düsteres Bild der Wirtschaft und gibt zu, dass die Reformen insgesamt wenig positive Wirkungen hatten. Nach dem "Economic survey 2000-2001" des Wirtschaftsministeriums wuchs das Bruttoinlandsprodukt im Jahre 2000-01 um knapp 6%, im Vergleich zu 6,4% in 1999-2000 und 6.6% in 1998-99. Trotz des normalen Monsuns für das 13. Jahr war die landwirtschaftliche Produktion bei 199 Millionen Tonnen im Vergleich zu 208,9 Millionen Tonnen in 1999-2000. Es sind zwar riesige Speicherdepots für die Nahrungsmittel errichtet, in denen ca. 60 Millionen Tonnen Getreide aufbewahrt sind. Deren Unterhaltung jedoch ist sehr kostspielig. Das Finanzdefizit wuchs von 5,1% des Bruttoinlandsprodukts im Jahre 1998-99 auf 5,5% in 1999-2000. Das Handelsdefizit stieg im September auf 9,2 Milliarden US \$ (September 1999: US \$ 7,6). Nur die Devisenreserven zeigen ein stetiges Wachstum. Deren Höhe lag im Juli 2001 bei 43,596 Milliarden US \$. Trotz umfangreicher Maßnahmen zur Liberalisierung und Bemühung der indischen Regierung, direkte ausländische Investitionen anzuziehen, war das Ergebnis sehr mager. Sie lag in 1991 bei 97 Millionen US \$, stieg auf 3,557 Milliarden US \$ im Jahre 1998 und fiel zurück auf 2,155 Milliarden US \$ im Jahre 2000 (Reserve Bank of India, Bulletin, 7.6.2001). Der Vergleich mit China zeigt, dass Indien von den erhofften Zielen weit entfernt ist. Während Indien nur 2,155 Milliarden US \$ direkte ausländische Investitionen nachweist, liegt der Anteil in China bei ca. 40 Milliarden US \$. Die indischen Exporte machen nur 0,6% des Weltexports aus. China hat einen Anteil von ca. 3,5%.

Auf die Arbeitsmarktsituation hat die Liberalisierung nicht positiv gewirkt. Der Vergleich der Entwicklung zwischen den Jahren 1983, 1993-94 und 1999-2000 zeigt, dass das Wachstum der Arbeitsplätze in der Reformphase bedrohlich gesunken ist. 1983 arbeiteten insgesamt 302,76 Millionen Menschen. Deren Zahl stieg in 1993-94 auf 374,45 Millionen und weiter in 1999-2000 auf 397,00 Millionen Menschen an. Das ergibt eine jährliche Wachstumsrate von 2,04% zwischen 1983 und 1994 und nur 0,98% zwischen 1994 und 2000. Es haben sich gewisse strukturelle Veränderungen stattgefunden. Einige Sektoren wie Bauindustrie, Handel, Transport, Kommunikation und Finanzdienstleistungen sind erwartungsgemäß in dieser Phase gewachsen. Landwirtschaft, Bergbau, Energieerzeugung zeigen dagegen negative Entwicklung gegenüber dem Zeitraum vor der Liberalisierung. In der Landwirtschaft arbeiteten 1983 insgesamt 207,23 Millionen Menschen. Deren Zahl wuchs in 1993-94 auf 242,46 Millionen und fiel in 1999-2000 auf 237,56 zurück. Das ergibt eine jährliche Wachstumsrate von 1,51% zwischen 1983 und 1994 und eine jährliche Abnahme von 0,34% zwischen 1994 und 2000. In Transport und Kommunikation arbeiteten 1983 insgesamt 7,39 Millionen Menschen. Ihre Zahl wuchs in 1993-

94 auf 10,33 Millionen und weiter in 1999-2000 auf 14,69 Millionen. Das ergibt eine jährliche Wachstumsrate von 3,24% zwischen 1983 und 1994 und 6,04% zwischen 1994 und 2000 (Planning Commission, Government of India, 2001).

Der Vergleich der Daten aus dem Jahre 1992 (Human Development Report 1994) und dem Jahr 2000 (Human Development Report 2001) zeigt, dass keine wesentlichen Fortschritte in der Dekade der ökonomischen Reform in Indien stattgefunden haben, obwohl das Bruttoinlandsprodukt von US \$ 322.737 im Jahre 1990 auf US \$ 459.765 in Jahre 1999 gestiegen ist (Weltentwicklungsbericht 2000/2001). Der große Teil des erwirtschafteten Einkommens ist unter der Mittel- und Oberschicht verteilt worden. Die Einkommensschere zwischen den oberen 20% und unteren 20% ist gewachsen.

	HDR 1994	HDR 2001
Lebenserwartung	59,7 Jahre	62.9 Jahre
Analphabetenquote bei Erwachsenen	Ca. 50% (Frauen 65, Männer 36)	Ca. 43,5% (Frauen 55,5, Männer 32,2)
Bruttonationalprodukt pro Kopf	1150 US \$	2248 US \$
Zugang zu sanitären Einrichtungen	15%	31%
Absolute Armut	35%	35%
Kindersterblichkeit unter 5 Jahre /pro 1000 Einwohner	130	98
Kindersterblichkeit bei Geburt/ pro 1000 Einwohner	89	70
Ländliche Bevölkerung	74%	64,1%
Bevölkerung pro Arzt	2440	2083
Landwirtschaftsanteil an BIP	31%	28%

Die Anzahl der Menschen um und unter der Armutsgrenze hat sich kaum verändert. Sie wurde bei ca. 36% im Jahre 1993-94 geschätzt, ca. 320 Millionen. 244 Millionen von ihnen leben auf dem Lande. (Government of India, Ninth Five Year Plan, Volume II). Ihre Zahl wird von der Regierung für 2000 auf 26% gesetzt (55th Round of the Household Consumer Expenditure Survey of the National Sample Survey Organisation (NSSO), July 1999 - June 2000). Anders als in den früheren Jahren hat die Regierung nach eigenen Angaben bei dieser Darstellung die Kriterien für die Zählung geändert und die Armutsquote bei einem Erhebungszeitraum von 30 Tagen genommen. Die Weltbank schätzt die Zahl der armen Menschen in Indien bei ca. ein Drittel der Bevölkerung. Der neueste Human Development Report 2001 der UN hat die Armutsquote auf 35% bezogen auf die "Nationale Armutsgrenze" und auf 44,2% bezogen auf US \$ 1 pro Tag (Kaufkraftparität von 1993) gesetzt.

Die Armut ist in Indien sehr ungleichmäßig verteilt. Der Vergleich zwischen den Bundesstaaten in Indien zeigt, dass die Disparitäten zwischen diesen sehr groß sind. Die Anzahl der armen Bevölkerung ist unter 10% in den Bundesstaaten Kaschmir, Goa, Punjab und Haryana. In den Bundesstaaten Uttar Pradesh, Assam, Madhya Pradesh, Bihar und Orissa liegt sie über 30% (siehe Tabelle unten).

Bundesstaaten	Armutquote (%)	Pro Kopf Einkommen (Rupien)
Kaschmir	3,5	11063
Goa	4,4	29548
Punjab	6,2	20908
Himachal Pradesh	7,6	13750
Haryana	8,7	19707
Kerala	12,7	15197
Gujarat	14,1	18330
Rajasthan	15,3	12010
Andhra Pradesh	15,8	12791
Karnataka	20,0	13968
Tamil Nadu	21,1	15929
Maharashtra	25,0	21541
Bengal	27,0	11320
Uttar Pradesh	31,2	8950
Assam	36,1	8406
Madhya Pradesh	37,4	10783
Bihar	42,6	6245
Orissa	47,2	8141
		Times of India: 15.7.2001

Auch nach Angaben der Regierung haben sich die "Reformmaßnahmen" nicht auf die Reduzierung der Armut gewirkt. Sie gibt zu, dass weder das Wirtschaftswachstum noch die Wirtschaftsbereiche (Außenhandel, Finanzreform oder Privatisierung) allein den Erfolg bringen werden, da sie nicht auf die Sektoren gerichtet sind, die arme Bevölkerung trifft. " The Government recognises that high growth of incomes is by itself not enough to improve the quality of life of the poor. Unless all the citizens of the country, and most particularly the poor, have certain basic minimum services, their living conditions cannot improve. These minimum services include among other things literacy education, primary health care, safe drinking water and nutritional security... If the growth is sourced upon those sectors of the economy or those activities which have a natural tendency to involve the poor in their expansion, such growth helps poverty eradication. Therefore, it is important to source a large part of economic growth in agriculture, in rural non-agricultural activities and in productive expansion of the informal sector which all have high employment elasticity, as well as in an export strategy based on labour intensive exports" (Government of India, Ninth Five Year Plan, Volume II).

Schlußbemerkung

Seit der Zahlungsbilanzkrise im Jahre 1991 hat Indien einen 10 Jahre langen sogenannten "Liberalisierungsprozess" durchgemacht, bei dem Privatisierung zum Zauberwort erklärt wurde, die endlich die ersehnte Entwicklung im Lande ermöglichen sollte. Die zahlreichen Maßnahmen, zu diesem Zweck durchgeführt wurden, brachten zunächst –nach anfänglichen Schwierigkeiten– die erhofften hohen Wachstumsraten in der Wirtschaft und vermittelten die Hoffnung einer rosigen Zukunft. Sie malten die südostasiatischen Tigerstreifen auf den Rücken des indischen Elefanten. Wirtschaftliche Umstrukturierung zum Zwecke der globalen Orientierung, wie sie im Südostasien und der Volksrepublik China in den 70er Jahren stattfanden, wurden endlich in Indien in den 90er Jahren erwartet. Der Konsumbereich wuchs, bis die Mittel- und Oberschichten ihren Bedarf abgedeckt hatten. Die Kommunikations- und Medientechnologien

erhielten eine prominente Stellung und vermittelten die Illusion, dass sie die wirtschaftliche Entwicklung mit Hilfe der Computertechnologien und der Software-Experten, die in ausreichender Zahl zur Verfügung standen, geleitet würde.

Aber das Ergebnis ist nicht sehr ermutigend. Nach wie vor leben ca. ein Drittel der Menschen in Indien in absoluter Armut, ohne ausreichende Behausung, Kleidung, Ausbildung, medizinische Hilfe und Nahrungsmittel (obwohl die Getreidesilos überfüllt sind). Die Wachstumsraten der Industrie sind unter 5% gerutscht, die Schulden der Zentralregierung (5,2% der BIP) und der Landesregierungen haben schwindelerregende Höhen erreicht. Allein die Zinszahlungen an Schulden des Bundes und der Länder haben sich von 30 Milliarden Rupien im Haushaltsjahr 1980-81 auf 1450 Milliarden Rupien im Jahre 1999-2000 erhöht (L.C.Jain: Are our Budgetmakers faithful to the Constitution?, National Centre for Advocacy Studies, Pune, 2000). Kürzlich erklärte die Landesregierung von Kerala sich quasi bankrott und erließ Notmaßnahmen, um die Staatsausgaben einzuschränken. Die Zentralregierung konnte sich bislang nicht durchsetzen, wesentliche Teile der Staatsbetriebe zu privatisieren. Bislang konnte nur ein Betrieb (Modern Foods) privatisiert werden. Bereits beim Aluminiumunternehmen BALCO gab es enorme Hindernisse. Das Oberste Gericht muß nun hierüber entscheiden. Die Liberalisierung hat zweifellos gewisse "Inseln" der Entwicklung geschaffen. Sie haben aber insgesamt wenig positive Auswirkung auf die Wirtschaft und Gesellschaft. Die Softwareindustrie in Bangalore ist so ein Beispiel mit eigenem "Softwarepark", wo die Regierung unabhängige Infrastruktur (Straßen, Elektrizität, Wasser etc.) errichtet hat. Mit eigenen Generatoren kann hier Elektrizität erzeugt werden, mit den Pumpen das Wasser befördert werden. Die Stadt selber aber leidet unter dem chronischen Wasser- und Strommangel, den die Betriebe im Softwarepark nicht zu spüren bekommen.

Da die indische Wirtschaft nun enger als früher mit der globalen Wirtschaft verbunden wurde, sind die Höhen und Tiefen der Weltwirtschaft viel schneller und unmittelbarer in Indien zu spüren als in den früheren Jahren. Seit etwa neun Monaten kommen nun indische Softwareexperten nach Indien zurück, da die amerikanische und europäische Wirtschaft einen lang anhaltenden Tief erlebt und diese Experten nun nicht mehr gebraucht werden. Hierzulande haben sie nun Schwierigkeiten, wieder Arbeit zu finden, da die indische Wirtschaft – verbunden mit der Amerikanischen und Europäischen - ebenso Rezession erlebt. Die Mittelschicht ist von der Globalisierung am stärksten abhängig.

Die oben beschriebenen Veränderungen der letzten Dekade werden als "erste Generation der Reform" bezeichnet. In diesen Tagen spricht die Regierung nun davon, die "zweite Generation der Reform" einleiten zu wollen. In der ersten Dekade hatten alle Regierungen die Arbeitsgesetze nicht angetastet. Nun plant die Regierung, diese so zu ändern, dass die bisher geltenden Arbeitsrechte und Sicherheiten eingeschränkt werden. Es soll den Arbeitgebern leichter gemacht werden, die Belegschaft zu kündigen. Ferner will die Regierung, ihre bisherige Verantwortung reduzieren, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Der Markt soll sie regulieren. Auch das wird als "Liberalisierung" bezeichnet. Es stehen heiße Auseinandersetzungen in der "zweiten Generation der Reform" in Indien vor.